



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 1 - V - 2 0 - 0 0 2 7**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) III/20

222. Vergleichende Prüfung "Haushaltsstruktur 2020: Großstädte" (Schlussbericht)

Anlage/n siehe Seite 3

 Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16		
		<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Imholz
Stadtkämmerer

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden, 30.08.2021

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind keine finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein Pflichtfeld.

Die Vorlage (mit ihren Anlagen) informiert die Stadtverordnetenversammlung und ihre Fraktionen über die Ergebnisse der 222. Vergleichenden Prüfung "Haushaltsstruktur 2020: Großstädte", die im Jahr 2020 bei den 5 hessischen kreisfreien Städten durchgeführt wurde. Der in der Anlage beigefügte "Schlussbericht für die Landeshauptstadt Wiesbaden" enthält ausschließlich das Ergebnis der Prüfungen bei der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Anlagen:

222. Vergleichende Prüfung „Haushaltsstruktur 2020: Großstädte“ mit

1. Anschreiben des Rechnungshofs
2. Schlussbericht für die Landeshauptstadt Wiesbaden
3. Anlagenband

C Beschlussvorschlag:

1. Der vorgelegte Schlussbericht des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs - Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften - zur 222. Vergleichenden Prüfung „Haushaltsstruktur 2020: Großstädte“ und die Aufforderung, dem Hessischen Rechnungshof bis zum 13. Dezember 2021 zu berichten, inwieweit beabsichtigt ist, den Empfehlungen des Schlussberichts zu folgen, wird zur Kenntnis genommen.
2. Dezernat III / 20 in Verbindung mit den beteiligten Dezernaten wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage zu den Empfehlungen des Schlussberichts zu erstellen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Mit Schreiben vom 12.11.2019 teilte der Präsident des Hessischen Rechnungshofs - Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften - mit, dass er die P & P Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, gemäß dem Gesetz zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen (ÜPKKG) beauftragt, eine vergleichende Prüfung „Haushaltsstruktur 2020: Großstädte“ bei den 5 hessischen kreisfreien Städten (darunter auch die Landeshauptstadt Wiesbaden) vorzunehmen.

„Nach dem ÜPKKG ist zu untersuchen, ob die Verwaltung rechtmäßig, sachgerecht und wirtschaftlich geführt wird. Dabei ist grundsätzlich auf vergleichender Grundlage zu prüfen. Nach der Zielsetzung des ÜPKKG geht es darum, einen Vergleich mit anderen Kommunen herbeizuführen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten sowie der jeweiligen Stadt anhand der vergleichenden Kennzahlen und der Berichte die Chance zu eröffnen, eigenständig die Leistungsfähigkeit zu steigern. Aus dem Vergleich mit anderen Kommunen lassen sich Umstrukturierungs- und Verbesserungsnotwendigkeiten ableiten. Die Prüfung ist damit auch Basis für Verbesserungen.“

Prüfungsschwerpunkte:

Beurteilung der Haushaltslage

Die Haushaltslage wird für die Jahre 2015 bis 2019 analysiert und auf Basis des „Mehrkomponentenmodells“ beurteilt.

Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung

Die Wirtschaftlichkeit aller Produktbereiche wird in ihrer Wirkung auf den Haushalt betrachtet und vergleichend bewertet.

Insbesondere die Aufgaben

- Innere Verwaltung,
- Sicherheit und Ordnung
- Jugend und Soziales
- Sport, Kultur und Schulträgerschaft

werden vertieft untersucht.

Darüber hinaus wird auch das Investitionsverhalten der Stadt betrachtet

Disparitäten sozialer Problemlagen

Es wird untersucht, ob und in welchem Umfang Disparitäten sozialer Problemlagen Einfluss auf die Haushaltslage haben. Dabei soll auch festgestellt werden, ob und warum gegebenenfalls Unterschiede in der Fallintensität und den Fallkosten vorliegen.

Personalmanagement

Es wird der Umgang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels untersucht. In diesem Zusammenhang werden unter anderem die Vergütungsstrukturen, die Flexibilisierung der Arbeitszeit, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das Bewerbungsmanagement sowie das Gesundheitsmanagement analysiert.

Stadtentwicklung

Die Konzepte zu den Themen Umwelt, Klimaschutz und Mobilität werden qualitativ untersucht und gegenübergestellt. Weiterhin findet eine quantitative Analyse auf Basis vergleichbarer Indikatoren statt.

Sonderaufgaben wie zum Beispiel Metropolregion oder Landeshauptstadt

Es wird untersucht, ob und ggf. welche spezifischen Sonderaufgaben wahrgenommen werden und in welchem Umfang diese den Haushalt belasten.

Sonstige Prüffelder

Hier werden insbesondere folgende Bereiche erfasst:

Ordnungsmäßigkeit, Modellfamilie, Beteiligungsmanagement, internes Kontrollsystem und Digitalisierung.

Zusätzliche Prüfungshandlungen werden vorgenommen, wenn Besonderheiten oder Auffälligkeiten zu erkennen sind.

Ergänzt wird die Prüfung um die Nachschau früherer Vergleichender Prüfungen.

Zum Verlauf der Prüfung:

Die Prüfung begann mit der Eingangsbesprechung am 27.01.2020. Die örtlichen Erhebungen waren für den Zeitraum 18.05.2020 bis 12.06.2020 vorgesehen. Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die Arbeitsabläufe angepasst. Der Rechnungshof teilte am 30.03.2020 mit, dass die Prüfungstätigkeiten zunächst bis zum 30.06.2020 ruhen.

Ab 01.07.2020 wurden die Prüfungshandlungen wieder aufgenommen. Die ursprünglich geplanten örtlichen Erhebungen wurden grundsätzlich durch eine digitale Datenerhebung sowie durch Telefon- und Videokonferenzen ersetzt. Der Terminplan wurde angepasst, sodass die Erhebungsphase auf den Zeitraum 01.07.2020 bis 24.09.2020 verschoben wurde.

Bei der Erörterungsbesprechung am 01.10.2020 wurden die bis dahin gewonnenen Daten und Sachverhalte mit den Fachbereichen besprochen.

Die Vorläufigen Prüfungsfeststellungen wurden der Landeshauptstadt Wiesbaden mit Schreiben vom 25.01.2021 zugeleitet. Nach deren Auswertung durch die beteiligten Fachämter fand am 22.02.2021 die sogenannte Interimbekprechung der Fachbereiche zusammen mit P&P und dem Rechnungshof statt, in dem die Fachbereiche Korrekturen bzw. Richtigstellungen bei den bisherigen Prüfungsergebnissen vorbringen konnten. Der Bericht wurde angepasst bzw. die Anmerkungen wurden ergänzt.

Der vorläufige Schlussbericht lag uns am 19.03.2021 vor. Die Fachbereiche hatten die Möglichkeit hierzu Stellung zu nehmen. Diese wurden in der Schlussbesprechung am 28.04.2021 erläutert. Stellenweise wurde der Bericht daraufhin erneut angepasst.

Das Ergebnis der Prüfung ist in dem beigefügten Schlussbericht zum Stand 28.04.2021 zusammengefasst, der mit Schreiben des Rechnungshofs vom 28.05.2021 übermittelt wurde.

Die zusammengefassten Prüfungsergebnisse sind auf den Seiten 14 bis 32 zu finden.

Nach § 6 Abs. 1 ÜPKKG ist der Schlussbericht mit dem Anschreiben und seinen Anlagen möglichst zeitnah der Stadtverordnetenversammlung bekannt zu geben sowie jeder Fraktion auszuhändigen.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 30 . August 2021

2001 ☎ 4145 nr



Imholz
Stadtkämmerer